Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 11.06.2019
Ltg.-715/A-3/308-2019
Bi-Ausschuss

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, MA, Ing. Huber, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster, Ing. Mag. Teufel** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Inbetriebnahme der Heeres-Sicherheitsschule gewährleisten**

Ende 2017 wurde im Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich“ unter der Überschrift „Moderne Streitkräfte und effektiver Schutz für Österreich“ wortwörtlich der „Erhalt des Militärrealgymnasiums und Ausbildungskooperation mit der Polizei“ verankert. Mit 5. Jänner 2018 wurde hinsichtlich der Zukunft des Militärrealgymnasiums im Zuge eines einstimmig gefassten Ministerratsbeschlusses festgehalten, „einen neuen Standort festzulegen und Vorkehrungen für die personellen und materiellen Ressourcen des Betriebs einschließlich des Internats zu treffen“.

Die Entscheidung ist für einen Standort im Umfeld der Militärakademie gefallen, weil am dortigen Campus für das zentrale Ausbildungsgebiet „Sport“ die entsprechenden Anlagen vorhanden sind. Für Schüler, denen ein tägliches Pendeln nicht zugemutet werden kann, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die Unterbringung und Betreuung im Internat zu nützen. Das Angebot der Internatsunterbringung war auch ein wesentlicher Grund für den hohen Zuspruch. Für rund 50 freie Plätze waren weitaus mehr Anmeldungen zu verzeichnen, wonach das Argument eines angeblichen Bedarfsmangels keineswegs nachvollzogen werden kann.

Nachdem alle Vorbereitungen seitens des Verteidigungsministeriums getroffen wurden, erhielten insgesamt 57 Jugendliche im Frühling dieses Jahres die schriftliche Zusage, ihre berufliche Zukunft und Ausbildung in der neu geschaffenen Heeres-Sicherheitsschule antreten zu können. Die Kosten für die Sicherheitsschule betrugen bislang rund 1,5 Millionen Euro. Das entspricht 0,06 Prozent des Heeresbudgets 2019. Dabei ist der Betrieb der Schule auch dauerhaft – ohne Neubau – in der Daun-Kaserne möglich.

Nach dem Koalitions-Aus zwischen ÖVP und FPÖ wurde eine Expertenregierung eingesetzt, die mit dem klaren Auftrag versehen worden ist, keine aufrechten Beschlüsse der vorherigen demokratisch legitimierten und gewählten Bundesregierung zu revidieren. Am siebenten Juni 2019 erfolgte die Kehrtwende. Der neue Verteidigungsminister verkündete von heute auf morgen die Einstellung und Zurücknahme der Heeres-Sicherheitsschule. „Aus finanziellen Gründen“ könne das Projekt nicht mehr weiterverfolgt werden und „muss somit beendet werden“. De facto wurde die Heeres-Sicherheitsschule per Ministerratsbeschluss auf Schiene gebracht und auch die finanziellen Mittel für den Start eines aufrechten Schulbetriebes budgetiert. Die angehenden Schüler haben hart gearbeitet und sich monatelang intensiv auf die einzigartige Ausbildung vorbereitet.

Nun will man ihnen aus rein politischem Kalkül ihre berufliche Zukunft im Sicherheitsbereich nehmen. Im Sinne der staatspolitischen Verantwortung muss alles darangesetzt werden, um das Projekt „Heeres-Sicherheitsschule“ aufrecht zu erhalten, den Betrieb mit Anfang September sicherzustellen und den angehenden Schülern eine sichere Zukunft zu gewährleisten.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für die Inbetriebnahme der „Heeres-Sicherheitsschule“ in Wiener Neustadt mit Anfang September 2019 aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und im Sinne der staatspolitischen Verantwortung die Inbetriebnahme der „Heeres-Sicherheitsschule“ zu gewährleisten sowie die Finanzierung nach dem einstimmig gefassten Ministerratsbeschluss sicherzustellen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Bildungsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.